



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

## **Jahresbericht Mexiko**

**2014**

Ende Dezember 2014 feierte die Antifolterkonvention 30-jähriges Jubiläum, doch viele Staaten kommen ihren Verpflichtungen aus der Konvention nicht nach. Auch Mexiko ist zwar auf dem Papier zahlreiche Verpflichtungen eingegangen, um Folter und andere Formen der Misshandlung zu verhindern und zu bestrafen, hat das **Optionale Protokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe** ratifiziert, doch entsprechende Gesetze, werden regelmäßig umgangen. Folter und Misshandlung sind in Mexiko nach wie vor weit verbreitet. Eine Strafe erwartet die Täter selten. Dies stellte auch der **UN-Sonderberichterstatter über Folter nach seinem Besuch in Mexiko** im Mai 2014 heraus.

Mexiko ist daher eines der Schwerpunktländer der im Mai 2014 gestarteten **Kampagne „Stop Folter“**, mit der Amnesty International Regierungen weltweit dazu auffordert, endlich ihre internationalen Verpflichtungen umzusetzen und effektive Schutzmaßnahmen gegen Folter zu ergreifen. In Mexiko könnten signifikante Verbesserungen erreicht werden.

Am 4. September veröffentlichte Amnesty International in Mexiko City den **Bericht OUT OF CONTROL. TORTURE AND OTHER ILL-TREATMENT IN MEXICO**, der einen schockierenden Anstieg von Folterfällen in Mexiko dokumentiert. Der Bericht zeigt auf, dass im letzten Jahrzehnt Folter um 600% gestiegen ist und Polizei und Militär regelmäßig Folter und Misshandlung als Untersuchungsmethode nutzen, um an Informationen oder falsche Geständnisse zu kommen. Zu einem gravierenden Anstieg von Berichten zu Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlung führte auch der vermehrte Einsatz von Armee und Navy bei Polizeiaufgaben nach 2006. Zwar kann grundsätzlich jeder Opfer von Folter werden, doch arme Menschen, die in einer marginalisierten Gegend wohnen, sind einem besonderen Risiko ausgesetzt. Der Bericht stellt sowohl Statistiken und Fakten als auch 20 Einzelfälle dar und identifiziert Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um Folter und andere Misshandlung vorzubeugen, zu untersuchen und zu bestrafen.

Seit dem 26. September 2014 bleiben in Mexiko **43 Studenten** des Raúl Isidro Burgos Rural Teacher Training College **verschwunden**. Nach offiziellen Untersuchungen holte die örtliche Polizei der Stadt Iguala sie ab und übergab sie einer kriminellen Bande. Anfang November erklärte Generalstaatsanwalt Jesus Murillo Karam, dass die 43 Studenten, getötet, verbrannt und in einen Fluss geworfen sein könnten. Es folgten landesweit Demonstrationen und Massenproteste. 11 Demonstranten wurden infolgedessen in zwei Hochsicherheitsgefängnissen festgehalten und es liegen Beschwerden vor, dass Polizeibeamte sie während ihrer Inhaftierung geschlagen und bedroht haben. Amnesty International forderte daher im November, dass das Büro des Justizministers sich darauf konzentrieren solle, die 43 verschwundenen Studenten zu finden und die verantwortlichen

zur Rechenschaft zu ziehen, anstatt unbegründete Verfahren gegen Demonstranten einzuleiten.

Bereits Mitte Februar 2014 besuchte Salil Shetty, Generalsekretär von Amnesty International das Land und adressierte ebenfalls seine Sorge in Bezug auf die Verbreitung von Folter und Misshandlung sowie zu weiteren Menschenrechtsverletzungen.

Wichtig ist es vor diesen Hintergründen, dass Mexiko auch die **Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrates** nicht nur annimmt, sondern den Worten auch die entsprechenden Taten folgen lässt. Die Erklärung Mexikos, welche der 176 Empfehlungen des UN-Gremiums es zur Verbesserung der Menschenrechte annehmen wird, erfolgte am 20. März 2014. Als Mexiko zuletzt im Jahr 2009 vom UN-Menschenrechtsrat untersucht wurde, verkündete es, dass die Mehrheit der Empfehlungen umgesetzt werden sollen. Doch dann fehlten die entsprechenden Handlungen und die Menschenrechtskrise Mexikos mit systematischer Folter, Verschwindenlassen, willkürlicher Haft sowie Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Migranten, dauert bis heute an.

Eine historische Chance gegen die Straflosigkeit von Militärangehörigen wäre es, wenn der Kongress eine Reform genehmigt aus der folgt, dass **Militärangehörige vor ein ziviles Gericht** gestellt werden, wenn sie Menschenrechtsverletzungen gegenüber Zivilisten begangen haben. Die vorgeschlagene Reform ist im April 2014 durch den Senat bestätigt worden und ein Teil der mexikanischen Maßnahmen, um den Urteilen des Interamerikanischen Menschengenrichtshofes in Fällen von schweren Menschenrechtsverletzungen durch Militärangehörige nachzukommen.

Gemeldete Fälle von Folter sind nur die Spitze des Eisberges. Ein Fall ist der von Rogelio Amaya, der beispielsweise im Fernsehen gestand für Drogen-Kartelle gearbeitet und geholfen zu haben, eine Autobombe zu platzieren, die zwei Polizeibeamte tötete. Später kam die Wahrheit über das Video ans Licht: Rogelio Amaya war gefoltert worden, ihm wurde gedroht seine schwangere Frau und Kind umzubringen, wenn er nicht zugäbe, Mitglied des Drogenkartells zu sein. Seine Frau, die ihn tagelang gesucht hatte, erfuhr erst aus dem Fernsehen, wo er war und was er angeblich getan haben sollte. Auch Claudia Medina Tamariz ist gefoltert worden, nachdem am 7. August 2012 Angehörige der Marine gegen drei Uhr nachts in ihr Haus einbrachen und sie zum örtlichen Marinestützpunkt brachten. Man warf Claudia Medina Tamariz vor, Mitglied einer mächtigen und gewalttätigen Bande zu sein, obwohl sie erklärte, dass sie nichts über diese Bande wisse. Claudia Medina Tamariz wurde gezwungen, ein falsches Geständnis zu unterschreiben, das sie sich vorher nicht einmal durchlesen durfte.

Präsident Peña Nieto verkündete neben einer Neustrukturierung der lokalen Polizeikräfte, einer entsprechenden neuen Gesetzgebung, der Einrichtung einer nationalen Hilfshotline und der Beschäftigung von mehr Streitkräften in Konfliktregionen. Doch den Versprechen müssen Ergebnisse folgen, denn obwohl die Polizei mehrfach umstrukturiert wurde oder neue Gesetze in Kraft traten, leben viele Menschen wie in einem Kriegsgebiet.

Entscheidende strukturelle Veränderungen, die über schöne Worte hinausgehen, sind daher notwendig, um die Gesetzlosigkeit in Mexiko zu verhindern.